



An die „Fridays for Future“-Bewegung

1 Dass die Zustimmung, die euch in der deutschen Öffentlichkeit und aus der Politik entgegen schlägt, nichts wert ist, werdet ihr selber schon gemerkt haben. Ihr werdet beachtet – und eingemeindet. Von Leuten und Instanzen, die in einem ganz anderen als einem theoretischen Sinn ‚etwas zu sagen haben‘; die nämlich mit dem, was sie sagen, teils mehr, teils weniger *Macht ausüben* – und mit dem Gebrauch ihrer Macht für genau die Zustände sorgen, gegen die ihr protestiert. Eingemeindet in eine öffentliche Debatte, deren Irrelevanz für den praktischen Gang der Dinge ihr zur Genüge erfahrt.

Es ist nicht bloß die hohe Kunst der Heuchelei, mit der ihr da – mal wieder – Bekanntschaft schließen dürft. Bemerkens- und bedenkenswert an den vielen heuchlerischen Grußadressen an euren Protest sind die Titel, die Gesichtspunkte, die großen Werte, unter denen ihr mit euren Demonstrationen gut gefunden werdet. So großartige Leerformeln wie *„die Zukunft“*, *„unser Planet“*, *„kein Planet B“*, *„die Natur“*, *„die Menschheit“* etc. pp. sind nicht bloß dafür gut, sie sind auch einzig und allein dazu da, über alle *wirklichen* Interessen und Interessengegensätze hinweg eine ganz tiefe und eigentliche *Einigkeit* vorzuspiegeln: einen übergreifenden, irgendwie verbindlichen gemeinsamen *guten Willen*. Der wird euch bescheinigt, wenn man solchen Parolen wie *„... weil ihr uns die Zukunft klaut!“* applaudiert. Und damit wird euch unter der Hand ein ganz mieses Tauschgeschäft angetragen: Großzügig wird anerkannt, dass ihr es doch gut meint – gut eben im Sinne eines höheren, unbezweifelbaren Werts –; dafür beanspruchen die, an und gegen die euer Protest sich richtet, ganz bescheiden die gleiche Anerkennung, nach dem Motto: *„So gut wie ihr meinen wir es auch/schon lange/sowieso...!“* (Und sie könnten sogar anschließen: Wo habt ihr eure Parolen denn her – wenn nicht von uns: *„Zukunft“*, *„Menschheit“* und der ganze Rest!)

Das kann man also aus dem positiven Echo auf euren Protest lernen: Die Ideale einer intakten Welt, für die ihr euch starkmacht, sind nichts wert, weil sie sich über die wirklichen Machtinteressen und die damit verbundenen Gemeinheiten vornehm erheben und eine Gemeinsamkeit im Guten beschwören, die es nicht gibt – und die eben so hoch und vornehm und erhaben ist, dass sie von allen Seiten, aus entgegengesetzten Positionen und von den feindlichsten Parteien beschworen werden kann. Und auch beschworen wird; denn darin liegt der Wert der höheren Werte.

Das gilt entsprechend für das andere Kompliment, das ihr euch einhandelt: Ihr wärt die besorgte Jugend – politisch engagiert und viel besser als ihr Ruf: diese primitive Art der Vereinnahmung braucht man euch wohl nicht erst zu erklären! – und hättet mit der Forderung nach einer besseren Zukunft schon deswegen recht, weil ihr noch viel mehr davon vor euch habt als die Alten, denen ‚der Klimawandel‘ nichts ausmacht, weil sie mit einem Bein schon im Grab stehen. Man gibt euch recht, nicht weil ihr ein wichtiges Anliegen habt, das eure Sympathisanten und überhaupt die allermeisten Menschen aus begründetem Eigeninteresse zusammen mit euch durchkämpfen sollten, sondern weil man euch als besondere Gruppe mit einem eigenen Anspruch auf Würdigung und Respekt anerkennt. Als ‚Schüler und Studenten‘, als ‚die Jugend‘, womöglich als ‚Nachwuchs der Nation‘ lässt man euch, wohlwollend, protestieren: als speziellen gesellschaftlichen Stand, dem man – so wie allen anderen – spezielle Interessen konzidiert. Auch das ist eine perfekte Abstraktion von *der Sache*, für die ihr euch – nehmen wir an – starkmachen wollt.

2 Von welchen wirklich herrschenden Interessen und real existierenden Machtverhältnissen auf die Art abgesehen wird – sei es im Namen großer fiktiver Gemeinschaftsanliegen, sei es um eurer respektablen Identität als ‚die Jugend‘ willen –, das könnt ihr dem negativen Echo entnehmen, das euch und eurem Protest ja auch nicht zu knapp entgegen schlägt. Natürlich strotzt das von reaktionärer Dummheit; aber wenn es bloß das wäre! Wenn die Dame von der AfD euren Protest für unbeachtlich erklärt, weil ihr noch nie eine Strom-

rechnung bezahlen musstet, oder wenn der junge Mann an der CDU-Spitze, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Oberlehrern der Nation, euch ermahnt, erst einmal fleißig zu lernen, bevor ihr ‚auf die Straße‘ geht, dann könnt ihr merken, wie leicht der Ehrentitel ‚Jugend‘ – *„Wir als Nachwuchs des Landes verdienen Gehör!“* – sich umdrehen lässt: Der ehrenwerte Stand, *als der* man beachtet werden will, ist zugleich *nur ein* Stand unter vielen, hat seine Grenzen und außerdem seine vergleichsweise schwachen Seiten, kann also bestenfalls als eine Stimme unter vielen zählen und verdient allenfalls eine sehr bedingte Anerkennung. Wenn ihr dann zu hören kriegt, dass es doch ‚auch‘ auf die Arbeitsplätze in der Kohle- und Autoindustrie ankommt, die durch konsequenteren Klimaschutz in Gefahr gerieten, und auf die Konkurrenz mit anderen – natürlich noch viel schmutzigeren – Ländern, in der die eigene Nation ohne rücksichtslose Industriepolitik ins Hintertreffen gerät, dann ist das eine weitere sehr aufschlussreiche Lektion. Nicht in dem Sinn, dass man vor solchen Hinweisen strammstehen und die eigenen Interessen – und die Argumente, wenn man welche hat – gleich relativieren müsste. Zur Kenntnis nehmen sollte man stattdessen, mit welchen machtvollen Interessen und mit welchen Machtverhältnissen man sich tatsächlich schon dann anlegt, wenn man es mit Einwänden gegen die fortschreitende Ruinierung ganz vieler natürlicher Lebensbedingungen auch nur ein bisschen ernster meint als die Prediger im Feuilleton. Dann bekommt man es nämlich nicht mit einer Unterlassung zu tun, mit einem mangelnden guten Willen der politisch und ökonomisch Verantwortlichen. Die machen selber deutlich, und zwar mit ihrem *„Nein!“* zu eurem Protest wie mit ihrem *„Ja, aber...“*, dass die Welt, für die sie ‚die Verantwortung tragen‘, über die sie also die Regie führen, etwas ganz anderes ist als ein Stück missbrauchte oder vernachlässigte Natur. Nämlich ein *globaler Markt*, auf dem es in mehrfachem Sinn *ums Geld geht*, eingerichtet und aufrechterhalten durch *Staaten*, die mit ihrer *Gewalt* – in Konkurrenz gegeneinander, deswegen manche mit überhaupt nicht umwelt- und klimafreundlichen *Atomwaffen* – für die *dazu passende Ordnung* Sorge tragen. Mit all den sachdienlichen Hinweisen aus berufenem Munde wird euch doch erklärt, welchen Stellenwert menschliche Interessen, und zwar jeglicher Art, in diesem System haben.

3 Ob ihr mit eurem Protest überhaupt an dieses System rühren wollt, darauf passt die zuständige öffentliche Gewalt, da könnt ihr sicher sein, sorgfältig auf. Einstweilen müsst ihr noch keine schlimmere Zurechtweisung erleben als den Rückverweis in den Freitagsunterricht. Die nächste Eskalationsstufe lauert da aber schon, wird zum Teil auch schon angekündigt – und von einigen von euch offenbar auch schon defensiv vorweggenommen: Wenn es mit dem Protestieren nicht aufhört, sondern, Gott bewahre, schlimmer wird, dann setzt es die *Gewaltfrage*. Das schöne freiheitliche Recht gibt genügend Gesichtspunkte her, um Proteste, die auch nur entfernt auf Durchsetzung eines Anliegens zielen, ganz praktisch, nämlich mit hoheitlich monopolisierter Gewalt darauf aufmerksam zu machen, dass die Durchsetzung, welcher Anliegen auch immer, ohne Wenn und Aber der öffentlichen Gewalt zu überlassen ist. Also der politischen Herrschaft, die den ganzen Laden so regelt und erhält und stabilisiert und gegen Anfechtungen schützt, wie er ist, und als das, was er ist: eine mehrstufige Konkurrenzschlacht um Macht und Geld.

Das ist freilich ein anderes Thema. Eines, das über die Sache mit dem Klima deutlich hinausgeht. Um das man als aufrechter Klimaschützer aber auch nicht ganz herumkommt. Außer man lässt sich vereinnahmen, von den Profis dieser Konkurrenz, die sich für ihre Sache so gerne mit ein bisschen jugendlichem Idealismus schmücken.

PS Mit eurem Protest am 24. Mai wollt ihr für die Beteiligung an den Europawahlen mobilisieren. Ihr wisst nämlich, dass in der Demokratie, in der ihr lebt, neben allen möglichen erlaubten und als solchen von der Politik für belanglos erklärten Formen der Meinungsäußerung – z. B. den Protesten, die ihr veranstaltet – genau eine Form wirklicher politischer Einmi-

Sozialversicherungspflichtig beschäftigt?

Herzlichen Glückwunsch!

Denn wenn man davon absieht,

- wie viel Geld man für wie viel und was für eine Sorte Arbeit ‚in seinem Job‘ überhaupt verdient,
- dass man die Hälfte des verdienten Geldes wieder abdrücken kann, bevor man sie überhaupt aufs Konto bekommen hat,
- dass die Leistungen, auf die man sich ein Recht erwirbt, so begrenzt sind, dass einem ‚private Vorsorge‘ schon lange nicht mehr erspart bleibt;

und wenn man es gleichzeitig für ganz normal hält,

- dass zur Erwerbsarbeit solche ‚Wechselfälle‘ wie Entlassung, Krankheit und Alter einfach irgendwie dazugehören, die alle immer dasselbe, nämlich Einkommensverlust bedeuten,
- dass man in den ‚guten Zeiten‘ nie so viel Geld beiseite legen kann, damit man zwischendurch oder hinterher davon leben könnte,
- dass es also nicht geht, privat ‚von seiner Hände Arbeit‘ über die Runden zu kommen,

dann kann man es tatsächlich für ein Glück halten, dass man selbst zu denen gehört, um die sich der Staat mit seinen Versicherungen kümmert. Das erspart einem auch jeden Gedanken daran, warum er das und wie er das tut und was das alles über das wunderbare freiheitlich-marktwirtschaftliche System des Arbeitens und Arbeiten-Lassens verrät, das ohne eine gehörige Portion staatlich organisierter Zwangssolidarität offensichtlich nicht auskommt.

Und deswegen soll es auf unserer Veranstaltung genau darum gehen:

VORTRAG UND DISKUSSION

Das System der deutschen Sozialversicherungen

Von den notwendigen und wenig bekömmlichen Leistungen des Sozialstaates für die abhängig Beschäftigten

Referent: Ein Redakteur der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT

FRANKFURT: Mittwoch, 12. Juni 2019, 19 Uhr
Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69

nähe HBF, Zugang über den Hof

Veranstalter: **farbeROT**

MARBURG: Dienstag, 18. Juni 2019, 19 Uhr

Kulturzentrum KFZ, Biegenstraße 13

Veranstalter: Gruppe GegenSatz Marburg

schung der mündigen Staatsbürger vorgesehen ist: die Wahl. Das veranlasst euch als mündige Staatsbürger dazu, euer Anliegen, für das ihr mit euren Protesten und Demonstrationen bei der Politik nichts erreicht, zur eigentlichen ‚Bedeutung der Europawahl‘ zu erklären. Und ihr erklärt es für eine sträfliche Vernachlässigung dieser Möglichkeit wirklichen Einflusses auf die Politik, wenn – wie beim letzten Mal – nur 43 % der Leute von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Nur: Stimmt es denn, dass die hohe Wahlbeteiligung, die ihr von denen verlangt, die im Unterschied zu vielen von euch immerhin wählen dürfen, auch zu einer Wende der europäischen Politik führen würde oder gar müsste? Ihr wisst doch: Wie immer bei einer Wahl, kann man auch am 26. Mai 2019 nur zwischen dem auswählen, was zur Wahl steht. Hat die Politik etwa etwas anderes als die personelle Neubestückung ihres Parlamentes angesetzt? Eine Klimawahl womöglich – Weltuntergang JA oder NEIN, bitte ankreuzen? Habt ihr überhaupt mitbekommen, was nach Auskunft der konkurrierenden Parteien und Politiker, die um die Stimmen ihrer Bürger werben, in dieser ‚Richtungs- und Schicksalswahl‘ für die Zukunft Europas auf dem Programm steht? Soll man jetzt helfen die ‚Antieuropäer und Populisten‘ aus dem Parlament zu werfen? Um dafür ihre proeuropäischen Widersacher hineinzuhieven, die Europas Zukunft v. a. durch einen Mangel an europäischer Konkurrenzfähigkeit auf allen Feldern von der Genforschung bis zur Ausrüstung mit atomar getriebenen

Flugzeugträgern gefährdet sehen? Und die seit Jahrzehnten genau die Umwelt- und Klimapolitik betreiben, gegen die sich Woche für Woche euer Protest richtet?!

Mit einer derart emphatischen und noch dazu gratis erfolgenden Wahlwerbung von Kindern und jungen Erwachsenen schmücken sich die konkurrierenden Politiker sicher gerne. Die selbst legen ja permanent sehr viel Wert darauf und ihren jungen und alten Bürgern nahe, die Machtfragen bezüglich der Zukunft ihres imperialistischen Staatenbündnisses mit den besten vorstellbaren Menschheitsanliegen, egal welchen, zu verwechseln.

Gegen diese Verwechslung, für die ihr von denen sicher wieder mit ganz viel Umarmungen und Glückwünschen bedacht werdet, setzen wir den kritischen Ratschlag, das erstens alles mal ein bisschen auseinanderzuhalten. Und zweitens die vielen Abfuhren, die ihr bekommt, die praktische Irrelevanz eures Protestes nicht permanent als eine noch nicht geglättete Verpflichtung der europäischen Politik auf ihr eigentliches Anliegen fehlzuinterpretieren. Sondern die zur Abwechslung mal als Anlass zu nehmen, euch zu fragen, worum es bei der Europapolitik tatsächlich geht.



Für Letzteres haben wir sogar ein paar Lesehinweise parat: gegenstandspunkt.com/dossier/europawahl

Die Affäre Claas Relotius Skandal beim SPIEGEL

Kurz vor Weihnachten erlebt der SPIEGEL den größten anzunehmenden Unfall, „das Schlimmste, was einer Redaktion passieren kann“. Zwecks Krisenbewältigung trägt die Onlineredaktion fleißig eigene und fremde Stellungnahmen zusammen, das letzte Heft des Jahres wird umgewidmet, und sogar Tränen vergießen die erschütterten Angestellten nach offizieller Aussage. Das Magazin muss nämlich einräumen, „dass Claas Relotius, 33 Jahre alt, einer der auffälligsten Schreiber des SPIEGEL, ein bereits vielfach preisgekrönter Autor, ein journalistisches Idol seiner Generation, kein Reporter ist, sondern dass er schön gemachte Märchen erzählt, wann immer es ihm gefällt.“ (SPIEGEL, 22.12.18) Relotius muss eingestehen, dass erhebliche Teile seiner in den vergangenen Jahren veröffentlichten Reportagen frei erfunden sind; in der Folge verliert der Autor seinen Job, vor allem aber sehen der SPIEGEL und eine ganze Reihe weiterer namhafter Presseorgane sich schwer beschädigt, nämlich in ihrer Glaubwürdigkeit.

Die Geschichten, die Relotius veröffentlicht, stimmen vielleicht nicht, aber sie bringen ganz offensichtlich ansonsten alles mit, was es braucht, um den Autor zu einem Stern des deutschen Journalismus aufsteigen zu lassen: die detaillierte Schilderung von Schicksalen wie z.B. dem des 13-jährigen Jungen, dessen als Mutprobe gemeinter Streich Assad provoziert und damit den syrischen Bürgerkrieg ausgelöst haben soll und der sich fortan für dessen Opfer verantwortlich fühlt:

„In solchen Texten zieht sich die Gegenwart einmal auf ein lesbares Format zusammen, große Linien der Zeitgeschichte werden fassbar und schlagartig wird das Große ganz menschlich verständlich. Wer als Reporter über solches Material verfügt, und wer Talent hat für Dramaturgie, kann daraus Gold spinnen wie im Märchen.“ (SPIEGEL, 22.12.18)

Dem SPIEGEL ist natürlich bekannt, dass die „Linien der Zeitgeschichte“ nicht von syrischen Jungen bestimmt werden, sondern von den maßgeblichen Mächten diesseits und jenseits des Atlantiks, die ihre Interessen gegeneinander betätigen und dafür auch den Übergang zu kriegerischer Gewalt nicht scheuen. Auch damit macht er ja seine Leser in den entsprechenden journalistischen Formaten vom Hintergrundbericht bis zum Politiker-Interview vertraut. Daneben aber und damit die Leserschaft nicht verpasst, wie sie den syrischen Konflikt zu nehmen hat, leitet der SPIEGEL sie in Form von Reportagen dazu an, zwischendurch auch einmal gründlich von den eigentlichen Akteuren weg- und auf einzelne betroffene Figuren hinzusehen. Deren Schicksale werden den Lesern als Nusschale des Weltlaufs aufbereitet, in der sie entdecken können sollen, was sich mit dem besten Sehvermögen dort nicht entdecken, sondern nur mit dem entsprechenden Mutwillen hineinlesen lässt: „die großen Linien“ der großen Politik. Der Mensch im Leser soll sich, unter Absehung all dessen, worum in Syrien eigentlich gekämpft wird, in die individuell menschlichen Opfer quasi unmittelbar einfühlen – damit er einen überhaupt nicht individuell menschlichen bzw. unmittelbar fühlbaren falschen Dreischritt nachvollzieht: Erstens sind das Wesentliche an den menschlichen Opfern die politischen Täter, an deren Willen und Taten zweitens nur ihre Verteilung als verbrecherisch zählt. Um drittens auf die dann ganz offen politische Forderung zu kommen, dass Assad ‚unsere‘ Feindschaft verdient und Staaten wie die USA und europäische Mächte offensichtlich noch viel mehr tun müssen, um den Staatsverbrecher Assad unschädlich zu machen. Nach diesem Muster widmet sich Relotius auch dem antiterroristischen Treiben Amerikas: Er macht die moralische Fragwürdigkeit des weltweiten Antiterrorkriegs der USA „menschlich verständlich“, indem er diese globale Großtat der amerikanischen Weltmacht „zusammenzieht“ auf das „lesbare Format“ einer Reportage über das Unrecht, das Amerika in Guantanamo verübt – in Gestalt eines unschuldig inhaftierten Angestellten eines

Waisenhauses, der sich nach Jahren der Folter ein Leben in Freiheit gar nicht mehr vorstellen kann. Er macht auch die Verwerflichkeit von Trumps Einwanderungspolitik „fassbar“, indem er das tragische Schicksal einer Mutter mit Kind, die vor ihrem prügelnden Ehemann in die USA fliehen will, der nationalistischen Bigotterie inoffizieller rechter Grenzschützer und Trump-Liebhaber nördlich der Grenze gegenüberstellt. So, an den unmaßgeblichen Figuren der Weltpolitik, spitzt Relotius in seinen Reportagen das Treiben der maßgeblichen Subjekte in Sachen Krieg, Grenzschutz oder Antiterrorkampf auf die wesentliche Botschaft zu: für bzw. gegen wen man dabei zu sein hat, wer Täter bzw. Opfer oder zur Aufsicht Berufener ist. Die Schilderung der Gefühle und Motive der Betroffenen der Politik und der Dramen, die sich im Laufe der Geschichten abspielen, bringt ganz plastisch und fühlbar die moralische Quintessenz der Affären zum Ausdruck – und zwar genau die, die hierzulande gültig ist. So wird also aus imperialistischen Gewaltaffären Gold gesponnen.

Damit es dem Publikum hinreichend leichtgemacht wird, sich in die Betroffenen der geschilderten Gewaltorgien einzufühlen, geizt Relotius nicht mit Details, schildert das Wetter, das Aussehen von Leichen und lässt seine Protagonisten auch gerne mal singen:

„Die Musik erweitert den Assoziationsraum der Geschichten, sie werden überwältigend sinnlich an diesen Stellen, sie geben der Fantasie der Leserschaft Futter. Das Schreiben fühlt sich dann filmisch an, es beginnt ein ‚Kino im Kopf‘, und diese Formulierung gehört nicht zufällig zu den stehenden Redewendungen bei Preisverleihungen an Journalisten.“ (SPIEGEL, 22.12.18)

Preiswürdig ist eine Reportage also dann, wenn sie den Leser emotional vereinnahmt. Dann steht das Geschriebene ganz im Dienste der Einladung an die Leser, sich auf die dargebotenen Geschichten und damit auf die mit ihnen eingenommene Perspektive einzulassen. Doch was, wenn sich die zur Botschaft passenden Schicksale und Bilder nicht so recht finden lassen?

„Journalisten setzen das Bild der Welt zusammen – wenn sie dabei lügen, stimmt die Welt nicht mehr. Die Verführung ist stark, dieses Bild ein wenig aufzupolieren, es funkeln zu lassen... Selbst der solideste Reporter, die leidenschaftlichste Reporterin kennt die Tage, an denen bei der Recherche nichts läuft wie gewünscht: das Meer vor Libyen spiegelglatt und kein Schlepperboot in Sicht; das Dorf in Sachsen, wo der Neonazi-Aufmarsch sein soll, ausgestorben und kein Nazi weit und breit; der Gesprächspartner mauflaul und uninspiriert... Mancher spürt dann die Versuchung, dem hölzernen Bürgermeister einen würzigen Satz in den Mund zu legen.“ (SZ, 22.12.18)

Mit ihrem Verständnis für die starke Versuchung, der ein Journalist ausgesetzt ist, bekennt sich die SZ zu dem Verfahren, mit dem Relotius aufgefliegen ist, und zu dem Anliegen, für das er seine Fakten erfunden hat: Ihr gilt es als ganz normal, dass ein Reporter zu seiner längst feststehenden Einordnung und Bewertung politischer Ereignisse und Taten sich Belegmaterial zusammensucht, Fakten eben, die seiner Beurteilung Recht geben sollen. So konstruiert er das „Bild der Welt“, das dann auch zeigt, was es zeigen soll. Genau dieses Verfahren können Journalisten bei anderen, politisch unliebsamen Standpunkten als Verschwörungstheorie durchschauen und verurteilen, als theoretische Konstruktion nämlich, die um ihrer ideologischen Botschaft willen in die Fakten Zwecke und Zusammenhänge hineinliest, die sich nicht aus ihnen ergeben. Der Unterschied zu den verachteten Verschwörungstheoretikern, auf den seriöse Journalisten so Wert legen, besteht eben nicht im Verfahren und im Umgang mit den Fakten, sondern in der Übereinstimmung mit oder der Abweichung von der national gültigen Sortierung der Welt

in Freund und Feind. Relotius jedenfalls hat sich nicht den Vorwurf ‚Verschwörungstheoretiker‘ eingefangen, sondern den des Betrügers in einer guten Sache.

Weil diese Tour der Öffentlichkeit, Fakten als Belege für vorher feststehende politmoralische Deutungen aufmarschieren zu lassen, von dem permanenten Verdacht des Schwindels begleitet wird – nicht zuletzt durch sie selbst –, pflegt der SPIEGEL das Ethos: „Sagen, was ist.“ Er leistet sich eine große Extra-Abteilung ‚Dokumentation‘, die jedes noch so unwichtige Detail akribisch auf seine Korrektheit hin überprüft und im Zweifelsfall anmahnt:

„Beschreibt der Redakteur etwa, dass er auf einer Reise in Tansania am Wegesrand Kakteen sieht, dann prüft die ‚Dok‘: Gibt es dort überhaupt Kakteen? Antwort: nein!“ (SPIEGEL, 22.12.18) „Kaum ein anderes Medium betreibt so viel Aufwand, um den Anspruch einzulösen: Was wir schreiben, das stimmt.“ (SPIEGEL Online, 19.12.18)

Es stört die Zeitschrift nicht, dass die lokale Fauna, die Farbe eines Kleidungsstücks oder eine Hintergrundmusik überhaupt kein Verhältnis zur politischen Botschaft einer Story hat und als Beleg für die Berechtigung ihrer Urteile sachlich gar nicht taugt – als Belege beansprucht sie diese Details aber trotzdem: als Belege nämlich für die Seriosität der Recherche. Auf diese Weise soll die Detailversessenheit den Anspruch auf Geltung des Geschriebenen begründen. Die nachweisliche Existenz irgendwelcher, für den Gegenstand der Reportage belangloser Fakten und Umstände verbürgt die Qualität der journalistischen Arbeit und damit die Glaubwürdigkeit des Journalisten.

Denn Glaubwürdigkeit ist für die etablierten Profis der bürgerlichen Öffentlichkeit ein unverzichtbares Gut. Ohne den Glauben in das von ihnen Berichtete, also ohne die Anerkennung der von ihnen beanspruchten Autorität, die Leitlinien des Meinens mit allem Recht zu bestimmen, können sie ihrem Geschäft offenbar nicht nachgehen. Das ist Relotius eigentliche Sünde: Er hat dieses Vertrauenskapital der Presse und damit ihre Geschäftsgrundlage beschädigt. Und das ausgerechnet in Zeiten, in denen es um diese ohnehin nicht zum Besten steht:

„Uns ist bewusst, dass der Fall Relotius den Kampf gegen Fake News noch schwerer macht, für alle: für die anderen Medien, die an unserer Seite stehen, für die Bürger und Politiker, denen an einem wahren Bild von der Realität liegt.“ (SPIEGEL, 22.12.18)

Diejenigen im Volk, denen das „Bild von der Realität“, wie es die etablierte Öffentlichkeit verbreitet, nicht einleuchten will und die deshalb den Vorwurf der Lügenpresse erheben, bedienen sich schließlich derselben Logik. Sie haben schon länger den Verdacht, dass es mit der Objektivität der Öffentlichkeit nicht weit her sein kann, wenn sie die wirklich wichtigen Fakten unter den Tisch fallen lässt, von kriminellen Ausländern viel zu wenig und von vermeintlichen Nazis viel zu viel berichtet, und sehen sich durch Relotius auch prompt bestätigt.

Der Endpunkt einer großartigen Befreiung von der alten Führung: Die CDU hat eine neue

Nach der zweiten für die CDU desaströs verlaufenen Landtagswahl in Folge kündigt die Kanzlerin ihren Rückzug von der Spitze ihrer Partei an. Damit reagiert sie auf die zunehmend lauter werdende Kritik aus der Partei an ihrer Amtsführung als Kanzlerin, tritt aber gar nicht von dem Amt zurück, in dem sie angefeindet wird, sondern sehr berechnend von dem Amt, in dem es auf die Gefolgschaft der Basis ankommt. Die Partei ist damit die Frau los, die sie als Erfolgsbremse verdächtigt. Und die Frau ist die Partei los, von der sie dauernd kritisiert wurde und vor der sie sich ewig rechtfertigen musste.

Die Reaktion der Partei besteht in einem großen Aufatmen. Sie nimmt es wie ein Geschenk, dass sie von der Figur, die den Misserfolg repräsentiert, befreit ist, und freut

Der SPIEGEL betreibt daher fleißig die fällige Aufarbeitung der Affäre: Zum einen kreuzigt er Relotius in aller gebotenen Anschaulichkeit; zum anderen spart er auch nicht mit Selbstkritik. Jetzt, da die Lügen aufgefliegen sind, bekennt sich der SPIEGEL gemeinsam mit seinen Kollegen zu seinem Bewusstsein davon, wie heikel diese Form der Meinungsbildung dann eben doch ist. Ein ausgeprägter Zweifel wäre von Anfang an geboten gewesen, den allen voran sie selbst ihrer Berichterstattung hätten entgegenbringen müssen. Es ist „eine der wichtigsten Eigenschaften von Journalisten: Misstrauen. Manchmal braucht man sie leider auch gegenüber Kollegen. Im Fall Relotius gab es davon zu wenig.“ Angesichts der Detailfülle der gefälschten Reportagen kommen sie einhellig und selbstkritisch zerknirscht zu dem Urteil, sie waren doch von Anfang an „zu schön, um wahr zu sein“ – und bezichtigen sich des Versagens: Wo wir es doch eigentlich – nämlich berufsbedingt auf der Hut vor einem erwartbaren Spektrum von interessierten Verfärbungen bis zum Betrug – hätten merken müssen; warum nur haben wir ihm dann geglaubt?

„Es gehört zur Grundausrüstung des Menschen, im Umgang mit Wahrheit und Wahrscheinlichkeit erstaunlich großzügig zu sein, solange kein Grund zum Zweifeln besteht. Dann ist die Bereitschaft, noch die unglaublichsten Geschichten für wahr zu halten, solange sie nur plausibel wirken, ziemlich grenzenlos... Und sein Elend wird nun ins Unermessliche wachsen, weil man ihm, dem Ertrappten, am Ende kein einziges Wort mehr glauben wird.“ (SPIEGEL, 22.12.18)

Nicht über die Eigenart ihres Gewerbes, sondern über ihre leichtgläubige Menschennatur wollen sie also gestolpert sein. Weil erstere über jeden Zweifel erhaben ist – zu der bekennen sie sich ja ausdrücklich –, gilt es in Zukunft eben ganz besonders heikel zu sein im Umgang mit den Fakten. Das Rezept heißt daher erstens: mehr vom Selben. Wenn auf die eigenen Reporter offensichtlich so wenig Verlass ist, dann muss die Dokumentation in Zukunft eben noch genauer hinschauen. Dann muss also das institutionalisierte Misstrauen gegenüber den dargestellten Fakten ausgeweitet werden, um das Vertrauen in die damit transportierten Urteile zu retten. Zweitens heißt es: schonungslose Ehrlichkeit. Jedes noch so unschöne Detail des Betrugs wird offengelegt, auch geäußelter Kritik am SPIEGEL der gebührende Raum gegeben, damit die Affäre Relotius nicht den immer wieder gehegten Verdacht bestätigt, dem SPIEGEL wären die Lügen nicht aufgefallen, weil ihm die transportierten Feindbilder so gut gepasst hätten. Umgekehrt sollen die eingeräumten Lügen erst recht von der Glaubwürdigkeit der Zeitschrift zeugen; „das Schlimmste, was einer Redaktion passieren kann“, soll also auf den Betrüger eingegrenzt werden, sodass man auch weiterhin und umso nachdrücklicher darauf bestehen kann: Das „Bild von der Realität“, das der SPIEGEL für das „wahre“ hält, braucht schöne Geschichten. ◀

sich über einen unverhofften Ausbruch an innerparteilicher Demokratie: Das Parteivolk ist gefragt! Das ist eine interessante Auskunft darüber, warum dieser Verein „demokratisch“ zu Recht im Namen trägt: Es braucht schon den Rücktritt der Führungsfigur, damit die „bleierne Zeit“, unter der angeblich alle fürchterlich gelitten haben, die Unterdrückung einer lebendigen Diskussionskultur in der Partei, auf einen Schlag zu Ende geht. Jetzt zeigen die Parteimitglieder, was für mündige, tapfere, diskussionswütige Freiheitskämpfer – ganz tief – in ihnen stecken, wenn man sie nur dürfen lässt. Solange die Chefin das oberste Parteiamt unumschränkt für sich in Anspruch nahm und jede innerparteiliche Opposition erfolgreich aufs Abstellgleis setzte, haben sie – so geht eben treue Gefolgschaft – mit- und sich auf den

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahrszeitschrift

1-19

Die Konkurrenz der Kapitalisten

III. Steigerung des Wachstums:
Die Produktivität des Kapitalismus

Stichwort:
Sozialversicherungen

Rumänien –
das unwürdige EU-Mitglied

Trumps „America first!“
im Fall Syrien

Aufstand der Gelbwesten:
Der Populist im Élysée und ‚le peuple‘ tief entzweit

Die Affäre Claas Relotius:
Skandal beim Spiegel

Kapitalistischer Reichtum ist keiner, wenn er nicht immerzu wächst. Kapitalistischer Reichtum wächst nicht, wenn er nicht immer stärker wächst. Und alle einschlägigen Fortschritte entwerfen und ruinieren zugleich die produktiven Anstrengungen und Leistungen der konkurrierenden Agenten dieses Wachstums. Die Notwendigkeit dieses realen Irrsinns der herrschenden Produktionsweise und seine Folgen für ‚Mensch und Natur‘ werden erklärt im Vorabdruck eines weiteren Kapitels der systematischen Darstellung der

Konkurrenz der Kapitalisten: Steigerung des Wachstums – Die Produktivität des Kapitalismus.

*

Arbeiten im Kapitalismus geht offensichtlich nur, wenn der Staat einen Großteil des privaten Lohneinkommens seiner arbeitenden Bevölkerung zwangsweise kollektiviert und damit ein umfassendes System von Sozialkassen unterhält. So viel Sozialismus muss sein im freien bürgerlichen Gemeinwesen. Wie in dem mit hoheitlicher Gewalt ‚Solidarität‘ organisiert wird und warum, erläutert das

Stichwort: Sozialversicherungen.

*

Rumänien, das Schmuttelkind der EU, darf turnusmäßig den Vorsitz dieses Staatenvereins übernehmen. Seinen Ruf in diesem erlauchten Kreis bessert das überhaupt nicht, beflügelt im Gegenteil nur die Vorbehalte von dessen Machern. Wie gut oder schlecht dieser Ruf begründet ist, behandelt der Artikel

Rumänien – das unwürdige EU-Mitglied: Ein Produkt der europäischen Inbesitznahme, von dem man im Prinzip nicht mehr zu wissen braucht, als dass dort die „Korruption“ herrscht.

*

Die Maxime „America first!“ zeigt ihre Wirkung auch in Syrien. Dort kehrt allmählich Frieden ein. Warum der keinem der staatlichen Akteure passt, die dort mit mehr oder weniger Gewalt ‚um Frieden ringen‘, beantwortet der Artikel

Trumps „America first!“ im Fall Syrien.

Der aktuelle GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort im Buchhandel oder beim Verlag erhältlich.

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon
DARMSTADT: Georg Büchner • Bessunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Roppel • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Druckausgabe: 15 € - ISSN-Nr. 0941-5831 - E-Book (pdf, epub, mobi): 10 €

Bestellung beim Verlag und weitere Infos zur Zeitschrift: www.gegenstandpunkt.com

Ältere Ausgaben der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT sind dort frei recherchierbar.

Parteitagen in Sachen Akklamation verdient gemacht. Der immer existente Sumpf an Unzufriedenheiten mit der Chefin, der Ärger über ihren ‚Führungsstil‘, also über die eigene Zurücksetzung im Postengeschacher oder auch über ihre Politik bzw. die Rolle, die man in ihr spielte, tobte sich mit der demokratisch üblichen, verlogenen Zurückhaltung in Talkshows, hinter verschlossenen Türen oder wie auch immer aus, wurde jedenfalls zurückgestellt hinter den Erfolg, den die Partei mit Merkel lange Zeit eingefahren hat. Da feierte man sich für seine Geschlossenheit und hob sich von den zänkischen und – wohl deswegen! – erfolglosen Konkurrenzparteien ab. Mit dem abnehmenden Erfolg kommt den Mitgliedern allerdings zunehmend der Grund für dieses Schnauzehalten – Inbegriff demokratischer Loyalität – abhanden, und wo man endlich darf, macht man sie deshalb auch auf.

Wofür die neue Freiheit gut ist, an der sich die Partei als einer „neuen Diskussionskultur“ berauscht, steht von vornherein fest: Man braucht einen neuen Chef, dem sich unterzuordnen wieder echte Freude macht, weil er wieder zu Erfolgen führt. Damit wird das Parteivolk keinen Augenblick alleine gelassen: Sofort nach Merkels Ankündigung stehen drei Kandidaten auf der Matte, die die Diskussion betreuen, indem sie – auf der Matte stehen. Beim Debattieren kann nichts schiefgehen, weil dessen Ziel und Inhalt glücklicherweise identisch sind: Es dreht sich ausschließlich darum, wer es denn in Zukunft machen soll, wem die Parteimitglieder also das Kommando über sich zusprechen wollen und sollen.

Was die *gemeinsame Sache* betrifft, geht es um den Erfolg in der Parteienkonkurrenz, der der CDU zusteht – sie ist schließlich die Volkspartei schlechthin, die nicht zufrieden sein kann, wenn nicht mindestens 40 % des Wahlvolks ihr gehören. Dafür treten die drei

Kandidaten ein und *gegeneinander* an. Und weil alle drei diese Sache in ihrer jeweiligen Person zu verwirklichen versprechen, reißen sie sich für die eigene Profilierung zielsicher die Themen unter den Nagel, deren Vernachlässigung im Verdacht steht, den Misserfolg herbeigeführt zu haben. So wird unter dem Stichwort „Sozialdemokratisierung“ die Missachtung der reaktionären Fetische der CDU gezeißelt, und der „weiße Elefant“ Migrationspolitik steht für das Bild einer viel zu guten, keinem ordentlichen deutschen Wähler vermittelbaren Behandlung von fremden Elementen – was auch immer an ‚Programmatisch‘ aufgebracht wird, *ob* ein Thema wichtig ist, das entscheidet sich daran, ob ein Kandidat es mit seiner Person verknüpft, indem er es beredt so vorbringt, als wäre es bisher gar nicht bedacht worden; indem *er* sagt, was man ‚endlich wieder sagen dürfen‘ muss, indem er seine programmatischen Ansagen als Tabubruch inszeniert, gerade weil er mit ihnen längst kein Tabu mehr bricht, und so ‚seinen Themen‘ den Status verleiht, den „Markenkern“ der Partei zu bestimmen... Ein ‚großes Thema‘ in Szene zu setzen und damit für sich zu besetzen ist dabei viel wichtiger als das, was einer an alten wie neuen Argumenten aufzutischen hat. Wie gut ersteres einem Kandidaten gelingt, ist umgekehrt Ausweis seiner Befähigung zur Führung; wer ein Thema als eines zu inszenieren vermag, das der Partei unter den Nägeln brennt, der hat auch ihre Gefolgschaft verdient. Der ist zugleich geeignet, die damit gestellte politische Aufgabe zu bewältigen. So besteht z. B. die „Wirtschaftskompetenz“ des Kandidaten Merz, die ihm als sein Alleinstellungsmerkmal attestiert wird, darin, dass er in der Wirtschaft massenhaft Geld verdient hat und deren Förderung als endlich wieder ernst zu nehmendes Thema auf die Tagesordnung des innerparteilichen Wahlkampfes setzt. Die entscheidende Frage, die sich dann stellt: ob er mit diesem Vorstoß über eine bloße Avance an die Mittelstandsvereinigung hinauskommt, wie viel Resonanz er also erntet und sich damit im

Rückschluss als einer erweist, der das Thema und die damit reklamierte Kompetenz zu Recht für sich beanspruchen – also mit ihm Stimmen auf sich vereinen kann.

So kämpft jeder Kandidat darum, die Partei möglichst geschlossen hinter sich zu bringen, indem er durch die geschickte Ausnutzung von Meinungsverschiedenheiten in ihr Zustimmung zu sich gegen die anderen generiert. Deshalb warnen die größten Spalter mit dem Imperativ: „Nur nicht streiten!“ vor mangelnder Geschlossenheit durch Spaltung. Die Bruchlinien ihres öffentlichen Streits um die Führung verlaufen dabei weniger an dem jeweiligen Inhalt ihrer ‚programmatischen‘ Orientierungsangebote entlang, sondern an dem Verhältnis von ‚Bewahrung und/oder Erneuerung‘, Abrechnung mit dem Alten und Aufbruch zu neuem Erfolg des Machtanspruchs. Merkel verkörpert ja sowohl den alten, lange erfolgreich durchgesetzten Anspruch der Partei auf die Macht im Staat als auch dessen Vergeigen in den letzten Jahren. Deshalb setzen sich die einen Kandidaten auf ihre Nachfolge demonstrativ von der Kanzlerin ab, lassen dem aber zugleich immer das Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit ihr und das Dementi einer großen Differenz folgen, während die Merkelkopie als ihre ‚Erbin‘ stets darauf Wert legt, ganz anders zu sein als ihre Ziehmutter. Die ganze Drangsal des demokratischen Wahlkampfes um eine neue Einheit von Führung und Gefolgschaft besteht also darin, mit dem Setzen von Themen einerseits hinreichend Erneuerung zu verkörpern, Opposition innerhalb der eigenen Partei zu markieren, das andererseits aber so glaubwürdig, dass die eigene Person dafür steht, den von Merkel mit ihrer Politik ja jahrelang erzielten Erfolg wieder hinzukriegen; dafür muss man zuallererst die eigene Partebasis rumkriegen. Der Parteitag hat dann die Qual der Wahl, die ganz dem Gesichtspunkt folgt: Erneuerung, ohne dass sich was ändern

muss. So wird einvernehmlich gestritten, bis der zweite Wahlakt endlich vorbei ist.

Nach der Wahl schlägt das, was Stoff und Gegenstand des Wahlkampfes war – die Konkurrenz der Anwärter auf eine Führung, die für die Einheit und Geschlossenheit der Partei steht –, um in das Verhältnis von Sieg und Niederlage der konkurrierenden Kandidaten, das jetzt im Sinne der Einheit bewältigt werden muss. Nun muss die gewählte Führerin, damit sie dauerhaft für demokratische Einheit sorgt, sich erfolgreich eine Gefolgschaft verschaffen. Das führt die Partei demonstrativ noch auf dem Parteitag selber vor, indem der Unterlegene ganz demokratisch seine Niederlage akzeptiert und der Siegerin gratuliert, sich ihr also unterordnet. Und die Siegerin leistet ihren Beitrag und sagt, sie ist neu, schmeißt aber nichts weg, schon gleich nicht die Figuren, die mit ihr um den Chefposten konkurriert haben. Sie beansprucht nicht nur Stimme und Gefolgschaft des Fußvolks, sondern trägt den unterlegenen Figuren, die ihrerseits Einfluss haben, als versöhnliches Angebot an, ihren Einfluss in den Dienst der neuen Führung zu stellen, die ihnen zu weiterem Einfluss verhilft. Da soll dann auch der Hauptantipode bei der anderen mitmachen; der aber ist sich zu schade, sich unterzuordnen... Neben dem Streit um eine angemessene Rolle für ihre überrundeten Konkurrenten überführt die neue Chefin die „Diskussionskultur“ dann in „Werkstattgespräche“, wodurch sie deutlich macht: Bei mir *dürft* ihr diskutieren! Ein „Format“ soll dazu taugen, die abweichenden Meinungen vereinnahmend produktiv zu machen für die Geschlossenheit der Partei; indem sie anerkannt werden als Beitrag zur Erneuerung und als solcher ein Forum bekommen, soll ihnen die spalterische Spitze genommen werden. Auf dass die Partei sich wieder auf ihren letzten Buchstaben besinnen und unter der nun ganz demokratisch gewählten Führung mit neuem Elan als Gefolgschaft betätigen kann. ◀

Peter Decker (Hrsg.)

Demokratie

Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft

GEGENSTANDSPUNKT

Peter Decker (Hrsg.)

Demokratie

Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft

Freie Wahlen werden amtlich als Kernstück der Demokratie geschätzt. In der Demokratie, heißt es, wird nicht einfach regiert – das Volk erteilt per Abstimmung den Auftrag zur Wahrnehmung der Staatsgeschäfte.

Weniger amtlich betrachten Politiker wie Wähler diese Veranstaltung ohne solche Ehrerbietung. Demokratische Politiker nehmen Wahlen nüchtern als Bedingung und Gelegenheit, auf Kosten der Konkurrenten an die Macht zu gelangen. Und mündige Bürger haben Wahlen längst als Schwindel durchschaut. Wählen gehen sie selbstbewusst ohne Illusionen, damit etwas zu ‚bewirken‘ oder zu ‚verändern‘.

Sowohl die hohe Meinung über die hehren Grundsätze demokratischer Machtausübung wie auch das abschätzige Urteil über die praktische Betätigung des Volkswillens übergehen allerdings, was das Institut der freien Wahlen tatsächlich leistet: Mit den Wahlkreuzen legitimiert sich immerhin eine Herrschaft, die sich auf ihre Unabhängigkeit von ihrer Basis – vom ‚Druck der Straße‘ – viel zugute hält und von ihrer Freiheit regen Gebrauch macht. Und auch wenn es aufgeklärten Zeitgenossen ‚letztlich doch egal‘ ist, von wem sie regiert werden; egal sollte es ihnen nicht sein, dass sie von ihrer demokratisch gewählten Herrschaft alle Lebensbedingungen serviert bekommen, mit denen sie praktisch zurechtkommen müssen.

241 Seiten, 14,80 €. Das Buch ist auch als E-Book erhältlich - im Buchhandel oder beim GEGENSTANDSPUNKT-Verlag: gegenstandspunkt.com

Aufstand der Gelbwesten

Der Populist im Élysée und ‚le peuple‘ tief entzweit

Seit November letzten Jahres fordern überall in Frankreich Bürger in gelben Warnwesten beharrlich, nämlich Samstag für Samstag, und ziemlich militant die öffentliche Ordnung heraus. Sie blockieren Verkehrskreisel, zerstören massenhaft Radarfallen, legen halb Paris lahm, und einige von ihnen demolieren das Nationalheiligtum Arc de Triomphe. Aktiv nehmen an der „größten Bewegung seit der Studentenrevolte vom Mai 1968“ bis zu einer Viertelmillion Franzosen teil; die große passive Mehrheit zeigt Sympathie und Verständnis für den Protest.

Der nimmt seinen Ausgangspunkt an der Einführung einer CO₂-Steuer, die Benzin, Diesel und Heizöl verteuert, verallgemeinert sich aber schnell auf alles und jedes, was den Franzosen stinkt: Auf dem Land, wo der Mensch das Auto braucht, gibt es keine Jobs, und wenn, dann nur zu miserablen Löhnen; auch schon ohne die CO₂-Steuer können sich die Leute ihr Leben nicht mehr leisten. Dass der um Haushaltssanierung bemühte Staat die resultierende Landflucht mit der Demontage öffentlicher Dienstleistungen beantwortet, Zugverbindungen streicht, Schulen und Krankenhäuser schließt, macht das Wegziehen erst recht nötig. In der Stadt wird auch nicht genug verdient, in den Banlieues geht nichts voran, hier sollte der Staat sein Geld reinstecken. Die Renten sind zu niedrig, jetzt sollen sie zugunsten der knappen Staatskasse noch mit steigenden Sozialabgaben belastet werden, und so weiter. Sehr großzügig nimmt die Bewegung alle Unzufriedenheiten, die sich melden, in die lange Liste ihrer Forderungen auf, unbekümmert darum, dass sie untereinander konkurrieren; auch Wichtiges und Unwichtiges wird gleichgewichtig nebeneinandergestellt; sogar dem Mangel an Parkplätzen wird der Rang eines Mit-Grundes für den Machtkampf der empörten Bürger mit der Obrigkeit beigemessen; eines Kampfes, der sich als Anfang einer neuen Revolution versteht und entsprechend großspurig auftritt: „Wir wollen keine Brotkrumen, wir wollen das ganze Baguette!“

Worin das ganze Baguette bestehen soll, ist in der Bewegung keine Frage. Jeder, der eine gelbe Weste anzieht, scheint an irgendeiner negativen Betroffenheit und seiner Empörung darüber, dass man ihm das zumutet, genug Grund für seinen Aufstand und in einem „so kann es nicht weitergehen“ genug Zielbestimmung für ihn zu finden. Die Bewegung hat kein Programm und will auch keines; jede bestimmte Richtung der Veränderung, die ihr von Gewerkschaften, rechten und linken Oppositionsparteien konkurrierend angetragen wird, gilt ihr als Beschädigung nicht nur ihrer Breite, sondern des unbedingten Rechts „unpolitischer“ Empörung, mit der sie antritt. Dergleichen weist sie als Versuch der Vereinnahmung und Instrumentalisierung ihrer authentischen Wut zurück: Weder links noch rechts will sie sein, wie der französische Präsident, gegen den – dies der einzige Punkt der Einigkeit – sich das unbestimmte Sammelsurium staatsbürgerlicher Empörung richtet: Was immer den Einzelnen bewegt, alle zusammen machen sie Macron verantwortlich für all das aufaddierte Schlechte im Land. Den Präsidenten, der eine kapitalistische Staatsräson in europäischer und globaler Konkurrenz der Nationen zu verwalten hat, erheben sie zum allein bestimmenden Subjekt ihrer miesen Verhältnisse. Seine Ignoranz gegenüber ihren Nöten, seine Arroganz gegen den gemeinen Mann sind an allem schuld. In „Macron

– démission!“ kulminiert für manche die ganze Bewegung.

So erteilt das französische Volk dem Populisten an der Macht eine saubere Quittung sowohl für seine Selbstinszenierung im Wahlkampf, die es für den Machtwechsel mobilisiert hat, wie für sein Regieren danach.

Macron – ein enttäuschender Populist

Schließlich war er es, der sich als Volkstribun aufgebaut und damit geworben hat, nur er könne Frankreich vor den Rechten, den ganz Rechten, den Linken und dem Niedergang retten. Er wollte die Republik in Marsch setzen und zur Front gegen die gesamte „classe dirigeante“ zusammenschließen, von der sich die Franzosen nicht nur schlecht regiert, sondern regelrecht um ein erfolgreiches Frankreich betrogen sehen sollten. Deren korrupte Ämterwirtschaft, ihre Selbstbereicherung, die Kumpanei mit allen Besitzstandswahmern und Beharrungskräften im Land sowie – umgekehrt – ihre mangelnde Durchsetzungsfähigkeit gegen den Egoismus der organisierten Interessen sollten schuld daran sein, dass Frankreich hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt und als europäische Führungsmacht ausfällt. Dem Wahlvolk hat Macron das Angebot gemacht, seine materiellen Nöte und alle daraus resultierende Unzufriedenheit auf den blamablen Zustand des Vaterlands zurückzuführen, seine unbefriedigende Lage mit der der Nation zu identifizieren und unter Anleitung des neuen Führers die alten politischen Seilschaften zu entmachten und einem Neustart Frankreichs den Weg zu ebnen.

Das hat vor kaum zwei Jahren wunderbar funktioniert: Der Retter der Nation gewann die Wahl und wurde dank der von ihm erst geschaffenen, ihm völlig ergebenen Präsidentenpartei und der überwältigenden Parlamentsmehrheit, die sie nur Wochen nach seinem Wahlsieg errang, mit einer außerordentlichen Machtfülle zum Durchregieren ausgestattet. Jetzt ist Macron der personifizierte Volkswille, alles Staatshandeln ein Ausführen seiner Dekrete, er selbst verantwortlich für alle Resultate.

Die aktive Rolle des Volkes, das vereint mit der neuen Lichtgestalt alles Hemmende, Frankreich Schwächende zu bekämpfen und wegzuräumen aufgefordert war, war schnell ausgespielt. Der Marsch, zu dem Macron die Republik mobilisierte, war einer in die Wahllokale: Gerade mal zwei Wahlgänge hat es gebraucht, um die alten Staatsparteien zu entmachten und zu marginalisieren und ihre Art, Staat zu machen, abzuschaffen. Ab dann liegt die patriotische Aufgabe der für die nationale Wiedergeburt mobilisierten Massen darin, die Wirkungen präsidialer Beschlüsse zu ertragen und mitzutragen. Das große Projekt, für das alles Nötige zu befehlen sie Macron ermächtigt haben, braucht ihren aktiven Einsatz für das Vaterland nicht mehr; denn was der Präsident dafür anpackt und unternimmt, ist etwas furchtbar Normales: Macron, der Frankreich stärken und damit die Machtverhältnisse in der europäischen Union aufmischen und zurechtrücken will, betreibt die Gesundung seines Unionsstaates nach den Regeln dieses kapitalistischen Staatenbunds. Machtgewinn in der Eurozone ist gebunden an fiskalische Erfolgsmaßstäbe, die andere gesetzt haben und denen seine zu neuer

Größe entschlossene Nation erst einmal gerecht werden muss. Der großartige Aufbruch mündet in die üblichen Techniken kapitalistischer Standortkonkurrenz: Die Staatsführung ringt um die Leistungsfähigkeit ihrer Volkswirtschaft, um ein günstiges Verhältnis von Wachstum und dem Stand der Staatsschulden und darüber um ihren Beitrag zur Stabilität der Gemeinschaftswährung und um ihre Freiheit zur Finanzierung ihres Haushalts. Die verfügbaren Mittel, das nationale Wachstum zu fördern, sind niedrige Löhne, flexible Arbeitszeiten, die Entlastung der Unternehmen von sozialen Rücksichten und Steuern; hohes Steueraufkommen aus allen anderen als Kapitaleinkommen sowie die Begrenzung staatlicher Ausgaben für andere als investive Zwecke müssen den Staatshaushalt im Gleichgewicht halten und die Schuldenaufnahme begrenzen.

Die Bereitschaft seiner Wählerbasis, ihre schlechte Lage mit der der Nation zu identifizieren und sich für eine nationale Erneuerung ohne Rücksichten einzusetzen, beantwortet der Präsident mit der Trennung beider. Er identifiziert die Ansprüche seiner Wähler an Arbeitseinkommen und staatliche Leistungen als die eigentlichen Bremsklötze des französischen Erfolgs, und an den ewig knappen Geldbeuteln der Normalbürger bedient er sich als der für seine Euro-konforme Haushaltssanierung verfügbaren Finanzmasse. So haben sich die national erregten Massen den französischen Aufbruch nicht vorgestellt, den sie gewählt haben. Sie haben sich „en marche“ setzen lassen für wahre Volkssouveränität gegen ein verrottetes „Establishment“; doch den fortgesetzten Kampf gegen einen vorgestellten Feind, der an allen Missständen schuld ist, die einen Patrioten ärgern können, einen Feind, der den unzerstörbaren Schulterschluss zwischen Volk und Führer verbürgt – und wie alle erfolgreichen Populisten ihn ihren Anhängern zu bieten haben –, bleibt Macron ihnen schuldig. Er leistet sich den Widerspruch, den patriotischen Furor, den er erzeugt hat, nicht in Richtung treuer Militant zu lenken, sondern aufs pur konstruktive Aus- und Stillhalten festzulegen. Erste Einsprüche fertigt er ebenso nationalmoralisch ausgrenzend ab wie im Wahlkampf die politischen Gegner aus den alten Parteien: Er polemisiert gegen „fainéants“ (Faulenzer) und „uneinsichtige Gallier“ und verordnet Arbeitslosen unternehmerische Initiative. Nicht wenige seiner Wähler, die sich natürlich für wohlanständig und arbeitsam halten, können nicht umhin einzusehen, dass auch sie damit gemeint sind – und sind beleidigt. Jetzt trennen sie ihrerseits Macron von der nationalen Kraftanstrengung, zu der sie sich haben agitieren lassen, und erkennen in ihm nur noch den Repräsentanten übergriffiger Privatinteressen, den „Präsidenten der Reichen“, der bloß, noch dazu in verschärfter Form, das alte „System“ fortsetzt.

Macron kämpft um seine Handlungsfreiheit, indem er seinen Populismus als Wahlkampfmasche demaskiert

Der anhaltende, von breiter Sympathie getragene Protest zeigt Wirkung: Macron sieht ein, dass das Vertrauen des Volkes in seinen Führer, damit auch seine unbedingte Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den übergangenen demokratischen Institutionen kaputt sind – und irgendetwas davon erst wiedergewonnen werden muss.

Er spricht zum Volk, verkündet mit einer gewissen Selbstkritik, dass er dessen Ruf „verstanden“ habe – und stellt klar, wie: als Antrag nämlich, ihm sein Reformprogramm, an dessen Notwendigkeit im Prinzip nicht zu rütteln ist, besser einsichtig zu machen. Militante Formen des Protests, denen er jede Legitimität abspricht, trennt

er von berechtigten Sorgen anständiger Leute, für die er Verständnis und ein gewisses Entgegenkommen zeigt. Er räumt ein paar der Positionen, an denen sich die Empörung entzündet hat: Die Einführung der Dieselsteuer wird auf unbestimmt vertagt, der Mindestlohn auf Staatskosten um monatlich 100 Euro erhöht, und auf die gesteigerte Sozialabgabe auf Renten wird zur Besänftigung der Gemüter erst einmal verzichtet.

Dann geht der Präsident in die Offensive und zettelt eine große nationale Debatte mit dem Volk über dessen Unzufriedenheit an. Formell noch immer der gewählte König, der sich an (fast) allen Institutionen vorbei mit seinen Untertanen austauscht, beauftragt er die allerunterste, bürger-nächste Staatsebene, die Bürgermeister der Städte und Kommunen, ihm Zusammenkünfte mit ausgesuchten „einfachen“ Bürgern zu organisieren. Denen leiht er geduldig das präsidiale Ohr, damit sie ihm sagen, wo der Schuh drückt, was die Franzosen von ihrem Staat erwarten, und mit ihm beratschlagen, wie das Gewünschte eventuell zu realisieren wäre. Vorerst ist also Schluss mit dem Beschwören der Volkseinheit, das den Erfolg der Nation ohne nähere Angaben als das selbstverständliche und verpflichtende Gemeinschaftsinteresse aller Franzosen abrufft und in seinem Namen gegen die Erfolg- und Nutzlosen hetzt. Wenn Macron Respekt vor den einfachen Menschen und ihren Sorgen äußert, kehrt er zurück zur demokratisch üblichen politischen Betreuung der Konkurrenzgesellschaft, in der jedes Privatinteresse sein Recht hat und sich artikulieren und einbringen darf – eben damit es sich an den ebenso berechtigten, entgegenstehenden Konkurrenzinteressen anderer abarbeitet und selbst zur Einsicht in den Vorrang des kapitalistischen Nationalerfolgs als Bedingung der Entstehung aller Einkommen und der Finanzierbarkeit aller Ansprüche findet.

Macrons Rückkehr zur demokratischen Technik der Politisierung und Unterordnung der Bürgerinteressen unter die Ansprüche der Nation denunziert sein forsches, populistisches Auftreten im Wahlkampf und danach als Attitüde. Das straft auch seine Krisendiagnose Lügen, dass das Land am Scheideweg zwischen dem endgültigen Niedergang und einer glänzenden Zukunft in einem französischeren Europa stehe und nur ein radikaler Bruch mit der mediokren Vergangenheit es retten könne. Und auch der Aufbruch, den er dem Land verspricht und betreibt, fällt dadurch um ein paar Größenordnungen kleiner aus.

Diese Normalität zersetzt die gegen ihn gerichtete Volkseinheit seiner enttäuschten Anhänger: Viele geben sich mit den Konzessionen und dem ihnen erwiesenen Respekt zufrieden und nehmen ihren Alltag wieder auf; andere bereichern die Demokratie des Landes um eine neue Wahlpartei, die sie gründen, wieder andere treten in existierende Parteien ein. Einige von denen, die weiterhin wöchentlich auf die Straße gehen, halten ihre Identität als aufbruchswillige Patrioten hoch, finden Geschmack an der Parole „Wir sind das Volk!“ oder „Frankreich gehört uns!“ und suchen sich selbst den inneren Feind, den der matte Populist an der Staatsspitze seiner marschierenden Republik immer verweigert hat: Sie gehen auf Juden los. Die übrigen Aktivisten sind damit konfrontiert, dass der Präsident die Entgleisung zum Anlass nimmt, die ganze Bewegung zu diskreditieren, und sehen sich genötigt, ihren Forderungskatalog zu erweitern: Sie haben um ihre Wohlanständigkeit und Respektabilität zu kämpfen und demonstrieren jetzt nicht mehr nur gegen den Präsidenten und seine Politik, sondern auch noch gegen Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Antisemitismus. ◀